



Rede des Oberbürgermeisters in der Sondersitzung des Stadtrats am 13.07.2010 – Es gilt das gesprochene Wort.

## **Unsere Stadt und ihr Konferenzzentrum - eine endliche Geschichte**

*„Glaube denen, die die Wahrheit suchen, und zweifle an denen, die sie gefunden haben.“ (André Gide, französischer Schriftsteller und Nobelpreisträger)*

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrats, liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Glaube denen, die die Wahrheit suchen, und zweifle an denen, die sie gefunden haben“, hat der französische Schriftsteller und Nobelpreisträger André Gide einmal gesagt. Eine gute Grundhaltung, wie ich meine, wenn man sich für eine Rückschau bereit macht, eine Rückschau die notwendig ist, um abschließen zu können, denn nur so kann man auf lange Sicht handlungsfähig werden und bleiben. Ich habe vor 8 Monaten gesagt: „Wir müssen das Konferenzzentrum zu Ende bauen und dann müssen wir den Bau sauber ausfegen.“ Wir haben Interesse an der Aufklärung und wir wollen wissen, wer Verantwortung zu übernehmen hat. Heute geht es dabei um eine Zwischenbilanz und es ist gut, dass wir diesen Rückblick durchführen können, nachdem wir in der vergangenen Woche gemeinsam eine sehr wichtige Entscheidung zur Zukunft des Kongresszentrums auf den Weg gebracht haben, denn die Verhandlungen mit dem Insolvenzverwalter und mit der Sparkasse sind in eine entscheidende Phase gelangt und eine Problemlösung wird konkret fassbar.

Was den Blick zurück angeht, werden Sie vielleicht schon seit einiger Zeit erwarten, dass ich mich selbst dazu äußere, wie sich denn aus meiner Sicht alles zugetragen hat. Schließlich habe ich ja den Vorteil, frei von jeder Verantwortung für zurückliegende Entscheidungen zu sein, denn ich habe erstmals im Sommer 2009 Informationen über das Konferenzzentrum erhalten und war bis zu meinem Amtsantritt Ende Oktober 2009 in keiner Weise an Entscheidungen beteiligt. Ich pflege, was meine Person angeht, größtmögliche Transparenz und habe zum Beispiel die privat getragenen Kosten meines Wahlkampfes schon vor Monaten auf meiner Homepage veröffentlicht. Das unterscheidet mich von allen anderen Beteiligten, die schon in der letzten Ratsperiode Verantwortung übernommen hatten und wieder neu kandidiert haben. Ich brauche daher keine Rücksichten zu nehmen, bin frei in meiner Urteilskraft und werde mich daher heute dazu etwas umfassender äußern.

Mancher erwartet vielleicht sogar, ich müsste doch auch schon sagen können wer „Schuld“ sei, schließlich sollte ich doch jetzt, wo ich mich seit 8 Monaten viele tausend Stunden mit dem WCCB beschäftigt habe, ziemlich genau Bescheid wissen über das, was sich da zugetragen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich maße mir die Rolle eines Richters nicht an. Wer „Schuld“ hat, werden eines Tages unsere Gerichte entscheiden. Ich halte mich solange an die unseren Rechtsstaat mit begründende Unschuldvermutung. Jeder muss solange als unschuldig gelten, bis er oder sie verurteilt ist. Es ist gut, dass dies in unserem Land so ist, und dass wir nicht im Wilden Westen leben. Im öffentlichen Recht ist für die Beschäftigten in Land und Stadt außerdem sehr klar geregelt, wie ich mich als Arbeitgeber bzw. Dienstherr zu verhalten habe, wenn es eine Anschuldigung der Staatsanwaltschaft gegenüber einer Beamtin oder einem Beamten gibt. Es



wird nach den Regeln des Landesdisziplinargesetzes ein Disziplinarverfahren durchgeführt. Für eine Bewertung des Verhaltens des betroffenen Beamten ist vor Abschluss eines solchen Verfahrens kein Raum.

Allerdings gehe ich vernünftigerweise auch vor einem Urteil ganz allgemein davon aus, dass niemand fehlerlos ist. Und deswegen darf ich eines auch an dieser Stelle vorausschicken, nämlich eine grundsätzliche Haltung, die auch hier gilt: Es gibt immer verschiedene Abstufungen von Verantwortung. Manche tragen wenig Verantwortung, manche viel - aber Null-Verantwortung trägt hier niemand.

Mir geht es also nicht um Schuld oder Unschuld, sondern um Verantwortung und um Verantwortungsgemeinschaften. Es geht mir darum, nach Stärken und Schwächen zu fragen und nach Erklärungen dafür zu suchen, was sich bei den Menschen abgespielt hat, die mit diesem Projekt nah oder ganz nah beschäftigt waren. Mich interessiert vor allem, wie das Verhalten der Menschen zu erklären ist, die in unserer Stadtverwaltung, im Rat und bei der Sparkasse KölnBonn, mit dem Projekt befasst waren und warum jeweils so entschieden wurde, wie dies der Fall war.

### **Wer kann uns dabei helfen, die Frage nach der Verantwortung zu klären?**

Da ist zum einen die Justiz. Einige Menschen, das ist allgemein bekannt, wurden bislang in die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft einbezogen; Befragungen haben allerdings bisher in keinem Fall stattgefunden und es kann schon noch eine lange Zeit dauern, bis weitere Schritte erfolgen. Wann sich, ob sich und mit wem sich Gerichte überhaupt beschäftigen werden, steht längst noch nicht fest. Das empfinde ich übrigens als extrem belastend für uns alle und vor allem für die direkt Betroffenen, und ich würde mir wünschen, dass Vorwürfe nicht so lange ungeklärt im Raume stünden. Ich weiß, dass Ermittlungen dieser Art mit äußerst umfangreichen Material und sehr hoher Komplexität lange dauern; um so mehr müssen sich alle Beteiligten davor hüten, in dieser Zeit schon Urteile fällen zu wollen.

Da in allgemeinen Fällen etwa 75 Prozent aller Ermittlungen der Staatsanwaltschaften von ihnen selbst bundesweit sanktionslos wieder eingestellt werden, gibt es zudem auch statistische Gründe, Ermittlungen nicht mit Anklagen oder gar Urteilen zu verwechseln. In der Bundesrepublik mehren sich daher die Stimmen derjenigen, die Zweifel äußern, ob denn Staatsanwaltschaften nicht bisweilen umsichtiger vorgehen müssten, bevor sie öffentlich tätig werden und die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen muss, die jeweils genannten Personen hätten sich einiger Verfehlungen verdächtig gemacht.

Die hier zuständige Staatsanwaltschaft als gesetzlich vorgesehene Instanz zur Aufklärung strafrechtlich relevanten Verhaltens ist trotz mehrmonatiger Ermittlungen noch weit von einem abschließenden Ergebnis entfernt. Insoweit stellt sich die Frage, ob dieser Stadtrat - ohne eine rechtliche oder wirtschaftliche Notwendigkeit – versuchen sollte, jetzt eine abschließende Erklärung, zum Beispiel zum „Controlling“ oder auch zu anderen Bereichen abzugeben. Ich weise auch darauf hin, dass die Frage einer vermeintlich fehlenden Ermächtigung durch den Rat zur Unterzeichnung der Nebenabrede bislang von keinem Jurist, geschweige denn einem Gericht



geklärt wurde. Und auch bei der Bewertung der Frage, wie denn mit dem Landeszuschuss umgegangen wurde, muss man genau hinschauen. Die Staatsanwaltschaft auf der einen Seite und die Bezirksregierung, gemeinsam mit der Stadt Bonn, auf der anderen Seite, vertreten hier unterschiedliche Rechtsauffassungen. Ob hier tatsächlich eine betrügerische Absicht vorliegt oder nicht, das ist noch längst nicht geklärt.

In jedem Fall aber gilt eines: Weil man mit den Ermittlungen nicht so schnell vorankommt, wie es gut wäre, versuchen wir heute, uns mit allen Unzulänglichkeiten selbst einen Reim auf alles zu machen. Und damit man nicht ins Spekulieren fällt und plötzlich bei Vorverurteilungen ankommt, ist Vorsicht geboten. Große Vorsicht, denn halbe Wahrheit sind ganz gefährlich. Sie können gelegentlich von einer halben Lüge begleitet werden und es gilt immer: Eine Halbwahrheit ist nie die Hälfte der ganzen Wahrheit.

Wer aber kann uns weiter helfen, jetzt, wo wir noch keine abgeschlossenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, erst Recht keine Anklagen, geschweige denn ein Gerichtsurteil haben?

Wir haben den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes: eine fleißige Sammlung von Fakten, hinter der eine akribische Arbeit steckt. Welche Bedeutung hat dieser Bericht? Darf man sich Bewertungen, die dort vorgenommen werden, anschließen? Ist das, was da geschrieben steht, die endgültige Wahrheit? Dazu, meine Damen und Herren, muss man eines wissen: Berichte eines Rechnungsprüfungsamtes dürfen nicht mit Anklageschriften oder Gerichtsurteilen verwechselt werden. Die Prüfer arbeiten auch nicht im Auftrag der Staatsanwaltschaft.

Man muss auch wissen, dass in allen Städten und Gemeinden die Rechnungsprüfungsämter eine Sonderstellung haben. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Stadtverwaltung, die selbst früher in einem Rechnungsprüfungsamt tätig gewesen waren, bewerten die Rolle der Prüfer differenziert. Einerseits schätzen sie deren Rolle als unabhängige Bewerter und Berater; andererseits erkennen sie im Nachhinein auch eine gewisse Distanz der Prüfer zu den Alltagserfordernissen in einer Verwaltung. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sind nämlich in einer Verwaltung gelegentlich auch rasche Entscheidungen und unkomplizierte Lösungswege erforderlich, etwa wenn eine Schule selbst entscheiden soll, bei welchen Händlern sie das Geld aus dem Konjunkturpaket II für neue Computer ausgeben möchte. Da laufen die Ansichten der Verwaltung und des Rechnungsprüfungsamtes auch schon einmal schnell auseinander.

Und es kommt noch eines hinzu. Den Prüfern, die selbst Wert auf die Feststellung legen, dass sie keine Juristen sind, waren nicht alle Fakten bekannt. Somit kann auch ihre Bewertung nur vorläufig sein. Hinzu kommt, dass jeder Prüfer und jede Prüferin sich mit der allgemeinen Erkenntnis auseinandersetzen muss, dass im Nachhinein alle Fakten in der Zusammenschau ein anderes und vollständigeres Bild ergeben, als dies im Verlauf des zu bewertenden Vorgangs der Fall war. Mancher Entscheider oder Projektverantwortliche würde heute sagen: „Wenn ich das damals schon gewusst hätte, ja dann...“ . Kurzum, meine Damen und Herren, uns liegt ein guter Bericht vor; er bildet eine erste gute Grundlage für die Analyse, aber mehr nicht. Das müssen auch die Bürgerinnen und Bürger wissen, die sich mit diesem Bericht beschäftigen. Eine fundierte Beurteilung wird erst nach den abgeschlossenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft möglich sein. Sie hat ganz andere Erkenntnismöglichkeiten. Sie beleuchtet die Vorgänge nicht nur einseitig aus der Sphäre der Stadt, sondern sie kann aufgrund des ihr zur Verfügung



stehenden Materials und mit der Möglichkeit Befragungen und Vernehmungen durchzuführen, den gesamten Sachverhalt, auch mit Blick auf Unterlagen der Sparkasse und der beteiligten Firmen, wesentlich umfassender und genauer beurteilen.

Und deswegen sind Formulierungen, wie ich sie von einzelnen Ratsmitgliedern höre und wie sie auch in einem Antrag der Grünen und der CDU verwendet wurden, nicht akzeptabel. So ist zum Beispiel die Aussage, *"die Stadtverwaltung sei von Anfang an stets zeitnah über das fehlende Eigenkapital des Investors und spätestens ab Ende 2007 ebenfalls zeitnah über die Baukostensteigerung beim WCCB informiert"* gewesen, so nicht in Ordnung. Wenn "die Stadtverwaltung" bzw. "die Amtsleiter" oder "die Teilnehmer der Projektgruppe" über das fehlende Eigenkapital von SMI informiert gewesen wären und trotzdem weiter sehenden Auges entsprechend agiert hätten, wäre ihnen das nämlich, soweit sie an Entscheidungen mitgewirkt hätten, von der Staatsanwaltschaft als Beihilfe zur Untreue zur Last gelegt worden, da dieser Punkt bei ihr eine besondere Bedeutung hat. Dies ist aber trotz mehrmonatiger Ermittlungen nicht der Fall. Äußerungen wie diese rücken "die Verwaltung" also zumindest leichtfertig in die Nähe strafbaren Verhaltens, ohne dass die zuständige - bekanntlich äußerst intensiv ermittelnde - Staatsanwaltschaft dies selbst tut.

Fakt ist, dass in dem erwähnten Antrag von CDU und Grünen behauptet wird, „die Verwaltung“ habe vom fehlenden Eigenkapital des Investors gewusst und es liege somit eine Verletzung der Informationspflicht gegenüber dem Rat vor. Dieser Vorwurf führt in der Pauschalität der Formulierung dazu, dass der Verwaltung unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung der ermittelnden Staatsanwaltschaft Bonn Untreue i. S. d. § 266 StGB vorgeworfen wird bzw. „die Verwaltung“ jedenfalls (sehr stark) in die Nähe dieses Vorwurfs gerückt wird. Fakt ist aber auch, dass sich diese Aussage eindeutig nicht auf den RPA-Bericht stützen kann. Sie entbehrt in dieser Pauschalität jeder Grundlage. Der Umstand, dass sich der Antrag in diesem Punkt keinesfalls auf den RPA-Bericht stützen kann, bringt diejenigen, die sie verwenden in eine schwierige Situation. Es ergibt sich nämlich der Anfangsverdacht einer üblen Nachrede bzgl. der bislang nicht beschuldigten Verwaltungsangehörigen, also der ganz großen Mehrheit. Das ist, nehme ich an, nicht die Absicht der Antragsteller und daher wären sie gut beraten, dies schnell klarzustellen.

Es ist nun gelegentlich behauptet worden, der Bericht sei in geheimniskrämerischer Absicht von mir zurückgehalten worden. Das ist deswegen eine merkwürdige Unterstellung, weil ich mich streng an die Rechnungsprüfungsordnung gehalten habe, die dieser Rat selbst beschlossen hat. Danach geht ein Prüfungsbericht, bevor er den Stadtrat oder seine Fachausschüsse erreicht, an die in ihm erwähnten Ämter und städtischen Mitarbeiter, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern. Erst mit den Kommentierungen aller Beteiligten ist der Prüfbericht eine vollständige Unterlage für die politischen Beratungen. In dem konkreten Fall "Prüfbericht WCCB" bin ich sogar von diesem Verfahren abgewichen und habe ermöglicht, dass, wegen des überragenden politischen Interesses, die unkommentierte Unterlage mit dem Hinweis auf strikte Vertraulichkeit den Ratsmitgliedern als Vertretern der Bürgerschaft persönlich zukommen lassen. Der Bericht wurde eben nicht weggeschlossen, sondern zugänglich gemacht, sogar bevor die Stellungnahmen vorlagen.

Meine Damen und Herren, wie Sie verfolgen konnten, ist dieser Bericht anschließend in die Öffentlichkeit gelangt und führt zu entsprechender Medienbegleitung. Meine Damen und Herren,



bitte stellen Sie sich vor, ein Dossier mit belastendem strafrechtlichem Inhalt über Sie wird öffentlich, ohne dass Sie darauf Einfluss nehmen können. Medien berichten und Ihnen sind die Hände gebunden. Ihrem Ruf haftet plötzlich ein "Geschmäcke" an: Ihre Unschuld verwandelt sich ohne Ihr Zutun in Schuld, je nachdem wie Medien und Öffentlichkeit das Dossier auslegen. Hierdurch können massiv Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Dazu kommt: Eine Kommentierung dieses Vorgangs durch Sie in der Öffentlichkeit verbietet sich, weil dadurch Ihre Rechtsposition in einem möglicherweise später anhängigen Rechtsverfahren entscheidend geschwächt werden könnte. Ein sicherlich auch für Sie beunruhigender Gedanke.

Die Stadt Bonn hat, um für möglichst große Transparenz zu sorgen, weitreichende Überlegungen angestellt, wie der Bericht unseres Rechnungsprüfungsamtes in eine für die Öffentlichkeit lesbar-informative und damit taugliche Version gegossen werden kann, ohne die Rechte Betroffener zu tangieren. Der dazu eingeholte juristische Rat kam zu dem eindeutigen Ergebnis, dass bei der Umsetzung nicht nur verschiedenste Rechtsgebiete berührt werden, sondern auch ein mehrwöchiger - auch finanziell nicht unerheblicher - Aufwand betrieben werden muss, um eine öffentliche Berichtsfassung zu erstellen. Die Stadt hat daraufhin eine diesbezügliche öffentliche Ausschreibung auf den Weg gebracht. Es wäre schön gewesen, wir hätten größere Teile dieses Berichtes schon früher öffentlich machen können, so wie mir dies selbst vorschwebte. Aber ich habe einsehen müssen, dass ein Oberbürgermeister, so viel ihm auch an Transparenz liegen mag, Recht und Gesetz zu befolgen und vor allem, wirtschaftlichen Schaden von der Stadt Bonn abzuwenden hat.

Ich darf, erstens, in meinem Amt aus Fürsorgegründen nicht zulassen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschädigt werden. Wir wissen alle, dass dies durch die Dauerpräsenz ihrer Namen und deren permanente Wiederholung in Berichten, TV-Bildern, Leserbriefen bereits irreparabel geschehen ist. Ich darf, zweitens, in meinem Amt nicht zulassen, dass Dritte, also außenstehende Personen und Firmen, beschuldigt werden, da dies Unterlassungs- und Schadensersatzsprüche gegen die Stadt Bonn nach sich ziehen könnte. Und ich darf, drittens, in meinem Amt nicht zulassen, dass die rechtliche Position der Stadt Bonn in Rechtsstreitigkeiten sich verschlechtern könnte; die Bürgerinnen und Bürger werden eines Tages zu Recht sagen: Hat der OB es geschafft, den eingetretenen Schaden zu vermindern oder haben wir ihn am Ende durch unbedachtes Handeln und Sprechen auch noch vergrößert? Und deswegen darf hier auch nicht jeder öffentlich sagen, wonach ihm gerade so ist und deswegen gibt es derzeit auch keinen größeren öffentlichen Bericht des Rechnungsprüfungsamtes. Damit müssen wir leben und der Versuch, daraus politisches Kapital schlagen zu wollen, hilft nicht bei einer wirklich wahrhaftigen, verantwortungsbewussten und gemeinsamen Aufklärung. Tendenziöse Äußerungen in der Politik helfen nicht bei der Aufklärung eines schwierigen Sachverhalts; sie behindern sie.

Bevor ich mit meiner Einschätzung zur Vergangenheit beginne, die ich in den letzten 8 Monaten gewinnen konnte müssen Sie noch wissen, dass ich in 30 Jahren meines Berufslebens als Lehrer und Schulleiter den Auftrag hatte, vielen tausend Menschen zu eigener Urteilskraft zu verhelfen und sie zur Kritikfähigkeit zu erziehen. Dazu gehörte auch, diesen jungen Menschen beizubringen, wie man mit Sprache umgeht und wie man erkennen kann, ob und wie mit Sprache manipuliert wird. Ich höre damit auch jetzt nicht auf, nur weil ich Oberbürgermeister bin und so erklärt sich auch, dass ich einzelnen Medienvertretern, die nicht informieren, sondern manipulieren oder die durch ihre Wortwahl tendenziös aber nicht objektiv berichten, offen und



kritisch gegenüber trete. Dies hat nichts mit Medienschelte zu tun, sondern mit dem Eintreten für eine Aufklärung ohne Manipulation. Tendenziöse Artikel helfen nämlich ebenfalls nicht bei der Aufklärung eines schwierigen Sachverhalts, sie behindern sie. Der sogenannte Verdachtsjournalismus nimmt der Unschuldsvermutung, die unseren Rechtsstaat prägt, mehr und mehr den Raum und ebnet der Schuldvermutung den Weg. Diese Aussage bezieht sich nicht pauschal auf die in Bonn erscheinenden zahlreichen Medien, sondern auf bestimmte Veröffentlichungen; dazu aber konkret erst später.

Ich will meine Bemerkungen in 5 Abschnitte gliedern und dabei chronologisch vorgehen. Und natürlich können meine Ausführungen nur erste Einschätzungen sein und sind ganz bestimmt nicht umfassend.

## **1. Das Konferenzzentrum ist ein gemeinsames Projekt der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesstadt Bonn**

Wenn man die Entscheidungen, die die Verantwortlichen in den letzten Jahren getroffen haben, richtig verstehen will, muss man zurückgehen bis zum Bonn-Berlin-Beschluss, dem Beschluss der unsere Stadt in den 90er Jahren nachhaltig verändert hat. Damit in Bonn „nicht die Lichter ausgehen“ kam man in Bund und Land überein, müsse Bonn ein neues Profil entwickeln, unter anderem auch als „Internationale Stadt“. Man schloss unter den Beteiligten einen Vertrag zum Bau eines Kongresszentrums für die Vereinten Nationen. Im Vertrauen auf diesen Vertrag haben sich UN-Sekretariate hier angesiedelt und ihnen folgten mehr als 150 Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). Ihnen wurde ein Kongresszentrum versprochen, sie fordern es auch inzwischen deutlich ein und es ist höchste Zeit, dass wir uns für die kommende Woche die Möglichkeit geschaffen haben, das Kongresszentrum möglichst bald nach Hause zu holen und zu vollenden. Eines wissen wir nämlich: Ohne dieses Kongresszentrum würde es sonst auf mittlere Sicht keine Vereinten Nationen mehr in Bonn geben, keine Nichtregierungs-Organisationen, keine Entwicklungsagentur, deren Sitz wir gerade mit vereinten Kräften nach Bonn geholt haben. Mit dem schrittweisen Verlust dieser Einrichtungen würde unsere Stadt aber am Ende zehntausende von Arbeitsplätzen verlieren und natürlich auch seine wichtige Rolle in unserem Land.

Dieser Druck, die Entwicklung des Standortes Bonn zu gefährden, wenn das Kongresszentrum nicht fertig gestellt wird, dieser Druck lastete von Anfang an auf allen Verantwortlichen. Es ging zum Beispiel um die Tatsache, dass bei einer Nichtfertigstellung Landeszuschüsse in Höhe von 25 Mio. hätten zurückgezahlt werden müssen. Und es ging vor allem immer und vor allem um die Rolle Bonns, um das Ansehen der Bundesstadt im fortdauernden Kampf darum, den immer wieder ins Spiel gebrachten Umzug aller Ministerien nach Berlin zu verhindern. Es ging immer auch darum, ob die Bundesstadt Bonn sich weiter um wichtige große Projekte bewerben kann und dabei erfolgreich ist. Es ging aus meiner Sicht immer ums Ganze. Gerade wegen der der immer wieder neu aufgeworfenen Bonn-Berlin-Frage durfte das Kongresszentrum nicht scheitern.

Und wenn man unter diesem Druck steht, dann macht man auch Fehler. Ein großer Fehler, möglicherweise der größte Fehler bei diesem ganzen Projekt überhaupt, ereignete sich nach meiner Einschätzung am Tag der Grundstücksübertragung. Zuvor hatten am 27. Februar 2002, in



Anwesenheit des damaligen UN-Generalsekretärs [Kofi Annan](#), der Bund, das Land NRW und die Stadt Bonn die „Vereinbarung über die Ansiedlung internationaler Einrichtungen in Bonn“ geschlossen. Die Stadt erhielt vom Bund den Plenarsaal, das Wasserwerk und den sogenannten „Vizepräsidentenbau“ zur Nutzung zur Verfügung und übernahm die Trägerschaft für das Projekt. Wer war dafür verantwortlich, dass dieses Grundstück 4 Jahre später einem privaten Investor übertragen wurde? Viele - in Stadt, Land und Bund. Es war falsch, das historische Grundstück gegenüber den ehemaligen Parlamentsgebäuden, dort wo deutsche Geschichte geschrieben wurde, am 03. Mai 2006 einem privaten Investor zu übertragen. Dabei geht es mir nicht um den materiellen Wert von 43,5 Mio., der für diese Grundstücke angesetzt wurde, sondern, es geht mir um den historischen und den ideellen Wert dieser Fläche. Es war aus meiner Sicht auch falsch, den Kongressbetrieb in historisch bedeutsamen Parlamentsgebäuden der privaten Firma WCCB GmbH zu überlassen. Zwei ehemalige Parlamentsgebäude dieser Bedeutung gehören nicht in der damals gewählten Weise in die Hand von Privatleuten; ich kenne kein Land dieser Welt, in dem das so gemacht wurde, als man die Hauptstadt verlegte. Das war nicht so in Moskau, als St. Petersburg bis 1918 zwei Jahrhunderte Hauptstadt wurde; das war nicht so in Karatschi als man nach Islamabad umzog, nicht in Rio de Janeiro als es Brasilia wurde und natürlich auch nicht in Kyoto, als man nach Tokio umzog. Wäre es unser Grundstück geblieben, dann hätten wir all diese Probleme nicht.

Und auch die Haltung, die Entwicklung eines Kongresszentrums und die Entwicklung von Kongressformaten zu politischen Themen der Vereinten Nationen unter allein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten steuern zu lassen, muss man kritisch beleuchten. Dieser Fehler darf, wenn uns der Heimfall des Grundstücks an die Bundesstadt Bonn gelungen ist, kein zweites Mal gemacht werden. Was in den Kongressräumen geschieht, welche Konferenzformate dort entwickelt, welche Themen diskutiert und welche hoffentlich bedeutsamen Beschlüsse vorbereitet werden sollen: Das muss unter Beteiligung der Interessensvertretung unserer Bürgerinnen und Bürger entschieden werden und das darf nicht primär wirtschaftlichen Erwägungen folgen. Ein Beispiel: Sie wissen, dass unsere Beethovenhalle auch von der WCCB GmbH mit verwaltet wird. Als ich erfuhr, dass unser kulturelles Flaggschiff, das Beethoven-Orchester, seit Jahren in Konkurrenz zu Ü-30 Parties um Probenzeiten in der Beethovenhalle kämpfen musste und dabei oft genug verlor, weil eine Ü-30-Party mehr Einnahmen einbringt als eine Probe des Orchesters, habe ich die Reißleine gezogen und dem Orchester ein Vorbuchungsrecht eingeräumt. Und Gott sei Dank hat mir auch niemand widersprochen. Ich halte die Vorstellung für wenig attraktiv, wir würden uns eines Tages mit einem privaten Betreiber des Kongresszentrums darum streiten müssen, ob dort ein Klimagipfel der UN, eine Produktpräsentation oder eine Spielmesse stattfindet.

Wie auch immer, man hatte sich damals einmütig dafür entschieden, das Projekt in ziemlicher Ausschließlichkeit an einen bestimmten privaten Investor zu geben. Diese Einmütigkeit war im Rat gegeben und auch in der öffentlichen Bewertung bei den Medien. Der Präsident der SMI Hyundai erklärte, dass seine Firma von den 140 Mio. €, die das Projekt ursprünglich kosten sollte, selbst 40 Mio. € investieren würde. Der Investor verpflichtete sich per Vertrag, für die Zeit von 30 Jahren die „Bewirtschaftungs- und Serviceleistungen“ für das Kongresszentrum zu übernehmen, „ohne dass hierfür die Stadt einen dauerhaften Zuschuss zahlen muss“. Ein bisschen mehr Misstrauen auf allen Seiten wäre aus heutiger Sicht nicht schlecht gewesen, denn Konferenzzentren machen fast nie Gewinne, sondern sie rechnen sich für die Städte immer nur



über die Umwegrendite. Aber, ich meine, man kann, wenn man sich in Erinnerung ruft, wie sich das damals alles abgespielt hat, man kann dennoch gut dazu stehen, dass der Rat am 14. Dezember 2005, so gehandelt hat. Und ich will auch sagen: Ich kann überhaupt nicht ausschließen, dass ich in der damaligen allgemeinen Stimmungslage nicht auch dafür gestimmt hätte; es ist sogar ziemlich wahrscheinlich, dass ich dafür gestimmt hätte. Auch für mich gilt nämlich, dass man hinterher immer schlauer ist als vorher.

Eine wichtige Rolle im weiteren Prozess nahmen dann zwei Berater ein, die zuvor in einem Ausschreibungsverfahren vom Bund in einem Interessenbekundungsverfahren für das Internationale Konferenzzentrum Bonn ausgewählt worden waren. Die Beratungstätigkeit für den Bund zog sich bis zur Aufhebung der Ausschreibung hin, danach war die Stadt in der alleinigen Verantwortung, das Projekt zu realisieren. Es war eigentlich nur logisch, dass die Stadt Bonn auch den Berater in diese Planungen einbezog, der vorher den Bund bei der Übertragung der Grundstücke beraten hatte und das notwendige Fachwissen schon mitbrachte. Wieso hätte man annehmen sollen, dass dieser Berater ein paar Jahre später in Haft genommen werden könnte? Dieser Berater legte der städtischen Projektleitung für das Kongresszentrum eine „Einschätzung Wirtschaftlichkeitsberechnung SMI Hyundai“ vor, in der er der Stadt die Firma SMI Hyundai als Investor empfahl. Ich kenne auch eine Auskunft einer bekannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, in der diese der Firma SMI Hyundai die notwendige Solvenz bescheinigte, und ich kann mich an die Euphorie auch in den Bonner Medien und im Bonner Stadtrat erinnern, hier jetzt einen richtigen und wichtigen Schritt für die Errichtung des Konferenzentrums machen zu können.

Tatsächlich brachte der Investor das zugesagte Eigenkapital nur schleppend ein. Aber die Schwierigkeit ergab sich aus folgendem Umstand: Es kamen immer mal wieder einige Millionen, auch wenn, was anschließend besondere Probleme nach sich zog, der Investor weitere Geldverleiher oder Investoren hinzugezogen hatte. Es kam Geld. Es war zu wenig Geld, um fristgerecht die Verpflichtung einzulösen, aber zu viel, um tatsächlich und endgültig daran zu zweifeln, dass es nicht doch noch so kommen würde. Es waren schließlich 28 Millionen und keine 40, aber immer wieder kamen Ansagen, auch die letzten fehlenden Millionen würden schon noch kommen. Und das zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Projekt. Immer ging es noch so gerade gut und wenn denn im August 2009 am Ende die schon auf dem Konto der Sparkasse KölnBonn eingetroffenen 30 Mio. Euro tatsächlich frei gegeben worden wären, auch dann hätten wir heute eine andere Situation. Es war also zu keinem Zeitpunkt wirklich einfach für diejenigen, denen es um das Wohl der Stadt ging, und davon gehe ich fest aus, bei allen in der Stadtverwaltung und bei allen im Stadtrat. Immer ging es um das Wohl der Stadt und um das Ringen darum, was der richtige Weg ist. Ich sehe durchaus Ansatzpunkte dafür, dass die Sichtweise der Beteiligten unter Umständen aus damaliger Sicht verständlich war, da sie selbst getäuscht wurden. Alle städtischen Bediensteten sind von Beginn an von Externen getäuscht worden und niemand von ihnen wird im übrigen zur Last gelegt, er oder sie habe sich bereichern wollen.

Am 13. März 2006 unterzeichneten die Beteiligten jedenfalls zunächst den Projektvertrag. Mit der weiteren Planung, der Projektsteuerung und dem Baumanagement wurde eine Berliner Architektenfirma beauftragt. Ihr Besitzer, gründete danach die Firma „SMI-Hyundai Europe“, die das Projekt als **Generalübernehmer** bauen sollte. Im Februar 2006 wurde das Baugrundstück



gerodet. Im November 2006 fand der erste Spatenstich statt. Die Grundsteinlegung erfolgte im Mai 2007 und im September 2008 konnte das Richtfest gefeiert werden. Ende 2009 sollte - so die damalige Planung - das WCCB eröffnet werden. Das Projekt verlief dann nicht so wie geplant und mit der Frage aller Fragen will ich mich im nächsten Schritt beschäftigen.

## **2. Wer hat was wann gewusst?**

Es gab, wie eben beschrieben, Probleme mit der Finanzierung und die Frage, die heute viele beschäftigt ist die: Wer hat wann von welchen Problemen gewusst und wer hat welche Konsequenzen aus der Analyse dieser Probleme gezogen?

Die UNCC GmbH wurde von SMI Hyundai gegründet. Sie war seinerzeit Eigentümerin des WCCB und sollte das Projekt als Bauherr realisieren. Als SMI Hyundai schon kurz nach Beginn des Baues Ende 2007 nicht in der Lage war, 10 Mio. € Eigenanteil bereitzustellen, wandte sich ihr damaliger „Präsident“ zur Beschaffung der finanziellen Mittel an andere Firmen. Dabei verpfändete er 94 Prozent der Anteile der UNCC GmbH. Nach einer nicht fristgerechten Rückzahlung des Kredites an eine andere Firma wurde diese mit Anteilen im Grundbuch der UNCC eingetragen.

Aus heutiger Sicht hätte man, als die Stadt davon erfuhr, 2008 die Reißleine für das Projekt ziehen können. Aber ich frage mich auch: Wäre der Schaden heute nicht noch größer – wenn das Projekt mitten im Rohbau stillgelegt worden wäre? Um abwägen zu können, ob dieses Fehlverhalten von der UNCC zu einer vorzeitigen Kündigung des Kredit- und/oder des Projektvertrages führen könnte, war damals natürlich eine juristische Entscheidung erforderlich. Man hat damals das gemacht, was man immer in solchen Situationen macht – man fragt externe Fachleute und folgte dann, nach Abwägung, deren Rat. Und der war eben so: nicht kündigen und weitermachen.

Nach dem Bekanntwerden der Baukostensteigerung und der Finanzierungsprobleme mit privaten Investoren stellte die [Sparkasse KölnBonn](#) zu den ursprünglich 74 Mio. € im Sommer 2009 einen weiteren Kredit in Höhe von 30 Mio. € zur Verfügung, so dass sie mit 104 Mio. € an dem Projekt beteiligt ist. Zur Absicherung dieses Kredites erweiterte die Stadt Bonn ihre [Nebenabrede](#).

Der danach von den Juristen der Sparkasse vorlegte Textentwurf ist in mehreren Verwaltungsrunden unter Einbeziehung der städtischen und externen Juristen beraten und geprüft worden. Auch da ist man heute schlauer. Es besteht Grund zur Annahme, dass die Nebenabreden in Frage gestellt werden dürfen, was, wenn es zutrifft, von erheblicher Bedeutung für die gesamte Bewertung, auch für die strafrechtliche Bewertung des Vorgangs sein würde, und natürlich auch für die Schuldenlast, die unsere Stadt zu tragen hat. Wir möchten dazu ein umfassendes Gutachten in Auftrag geben, denn nur auf dieser Grundlage können wir zügig zu einer Einigung mit der Sparkasse kommen, an der beide Seiten interessiert sind.

Die Schwierigkeiten im Projektverlauf sind mehrfach im extra zur Projektbegleitung eingerichteten „Unterausschuss Zukunft“ des Stadtrats dargestellt worden. In diesen Sitzungen informierte die Stadtverwaltung die Ausschussmitglieder z.B. über die Baukostensteigerungen von 20-30 Mio.



Euro und über Finanzierungsprobleme des Investors. Es ist gelegentlich davon die Rede, der Stadtrat sei nicht umfassend genug informiert worden. Da fällt mir die Beurteilung schwer und es wird wahrscheinlich bis zum Schluss dabei bleiben, dass es keine Einigkeit bei der Einschätzung geben wird, wie umfassend die Spitzen der Fraktionen in dieser Zeit in insgesamt 20 Fraktionsvorsitzendenrunden über das WCCB und den jeweiligen Projektstand informiert worden sind. Wenn sie so umfassend informiert worden sein sollten, wie ich dies seit 8 Monaten praktiziere, dann hätten sie alles gewusst. Wenn nicht, nicht. Ich lese aber immerhin in allen Protokollen, dass es immer eindeutiger Wille des Rates gewesen ist, das Kongresszentrum zu Ende zu bauen. Es gab nach Ansicht aller Experten eben auch keine Alternative zu dieser Lösung.

Es gibt nun das ein oder andere, was mir Sorgen bereitet. Die noch nicht verarbeiteten Erfahrungen mit dem Bau des Kongresszentrums haben Auswirkungen auf das Verhältnis von Rat und Verwaltung. Es ist nun Misstrauen im Spiel. Mitglieder des Rats scheinen nun eher bereit zu sein, sich von „der Verwaltung“ abzugrenzen, wobei die Gemeindeordnung eigentlich von gemeinsamen Anstrengungen ausgeht und der Oberbürgermeister ja bewusst durch das Gesetz zum Mitglied des Rates gemacht worden ist. Da wo also eigentlich viel Gemeinsamkeit vorhanden sein müsste, ist aber nach meiner Einschätzung nun zu viel Abgrenzung zu spüren. Aber selbstverständlich bleibt es dabei, meine Damen und Herren, dass ich als Oberbürgermeister alles dafür tun werde, dass wir hier die größtmögliche Gemeinsamkeit herstellen – jetzt erst recht.

### **3. Welchen Stand der Aufarbeitung haben wir erreicht?**

Bei der Aufarbeitung dieser Geschichte, meine Damen und Herren, bei der Aufarbeitung dieser Geschichte kommt es natürlich vor allem darauf an, wie die damit umgehen, die selbst erkennbar Verantwortung übernommen hatten. Man darf es den Personen, deren Handeln von der Staatsanwaltschaft hinterfragt wird, nicht verübeln, dass sie auf Rat ihrer Anwälte wenig oder nichts sagen.

Was machen die anderen Verantwortlichen? Was machen die Mitglieder des Stadtrates, die Beschlüsse gefasst haben? Wie verhalten sich die Mitglieder der Stadtrates, die zum Kreditausschuss der Sparkasse gehört haben? Ich finde, meine Damen und Herren, und das sage ich ganz besonders auch in Richtung unserer Bürgerinnen und Bürger, ich finde, dass diese 48 Mitglieder, die dem alten und dem neuen Stadtrat angehören, das eigentlich ganz ordentlich machen. So wie sich das gehört, wenn man ein Problem, an dessen Entstehung man irgendwie beteiligt war, aufarbeitet. Kritisch nach allen Seiten und natürlich auch selbstkritisch. Nach meiner Wahrnehmung haben nur einige wenige Personen unter diesen 48 Menschen den Aspekt der Selbstkritik für sich noch nicht ganz in der notwendigen Weise in den Blick genommen. Einige wenige zeigen mit dem Finger lieber auf andere als auf sich selbst. Ich habe dazu Fragen und Fragen müssen erlaubt sein; heute will ich nur eine stellen. Wie war das eigentlich? Als der Bund der Stadt Bonn 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt hat, um den Plenarsaal und das Wasserwerk im Konferenzzentrum zu unterhalten, da sollen Stadtratsmitglieder, die heute ganz besonders intensiv eine öffentliche Schuld-Debatte fordern, dazu geraten haben, dieses Geld in einem



besonders ökologisch ausgerichteten Fonds anzulegen, der besondere Rendite abwerfen würde. Haben Sie einmal geprüft, meine Damen und Herren, haben Sie einmal geprüft was passiert wäre, wenn das so gemacht worden wäre? Ich habe mir zeigen lassen, dass die Stadt Bonn dann mindestens 10 Mio. Euro verspekuliert hätte, da diese Fonds in der Wirtschaftskrise platzten. Und selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, allein die Absicht so zu handeln, hätte bereits den Staatsanwalt auf den Plan gerufen und den Untreueverdacht begründet. Denn es kommt insoweit für die Erfüllung des objektiven Tatbestands nicht darauf an, dass man sich oder einen Dritten in irgendeiner Weise selbst „böartig“ bereichert, sondern „nur“ darauf, dass man den Vermögensinhaber –hier die Stadt Bonn – objektiv schädigen könnte. Auch den städtischen Beschuldigten im vorliegenden Verfahren wird nichts anderes seitens der Staatsanwaltschaft zur Last gelegt. Ich sage also nicht vorwurfsvoll, aber doch erinnernd, an die damaligen Initiatoren der Idee, das Geld in einem ökologischen Fonds anzulegen: Meine Damen und Herren, es kann ganz schnell gehen, es kann ganz schnell gehen, dass man, ohne böse Absicht, in den Verdacht gerät, untreu gehandelt zu haben.

#### **4. Welche Rolle spielen die Medien?**

Fragen zu stellen, das ist auch eine Aufgabe der Medien. Neben vielen anderen Medien, hat sich der Bonner-General-Anzeiger Verdienste bei der Aufklärung erworben. Aber niemand ist fehlerlos und letztlich traut man auch nur dem so ganz, der zugibt, dass er auch schon mal Fehler macht. Deswegen schadet sich der Bonner General-Anzeiger selbst, wenn er Fehler niemals zugibt. Er beschädigt sich und er beschädigt seine wichtige Rolle bei der Aufklärung. Und da aber, wie gesagt, niemand fehlerlos ist, deswegen darf man auch die Art und Weise, wie in dieser Zeitung geschrieben wird, durchaus hinterfragen. Das ist zulässig, genauso zulässig wie im übrigen die Frage, ob die Friedenspolitik des Präsidenten der USA so in Ordnung ist, auch wenn, oder vielleicht sogar weil er den Friedensnobelpreis erhalten hat. Die Auszeichnung mit einem Preis kann und darf niemanden davor schützen, selbst nicht mehr kritisch begleitet zu werden, und das gilt natürlich auch für eine Zeitung, die einen Preis erhalten hat.

Ich will Ihnen anhand weniger Beispiele zeigen, dass ehrliches Bemühen um Aufklärung, wie wir es an den Tag legen sollten, dort an einigen Stellen leider zu Recht in Frage gestellt werden muss. Ich tue dies in Sorge. Ich will nicht, dass Aufklärung in unserer Stadt an Glaubwürdigkeit verliert, weil sie sich selbst beschädigt.

Im Bonner General Anzeiger erheben am 21. April 2010 die Fraktionsvorsitzenden der Grünen den Vorwurf, der Oberbürgermeister betreibe „*Geheimniskrämerei*“, da jedes Exemplar des RPA-Berichts mit einem Namenseindruck versehen werden sollte. Dies sei „*höchst ungewöhnlich*“ „...*Mit diesem Verfahren werden wir diesem Anliegen nicht gerecht*“. Der Oberbürgermeister wurde dazu von der Zeitung nicht um eine Stellungnahme gebeten.

Die Wahrheit ist ganz anders: Es handelte sich bei der Entscheidung, die Namen einzudrucken, um eine in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung getroffene Verabredung, bei der die Grünen sich durch einen Mitarbeiter der Fraktion vertreten ließen, der seine Fraktionsspitze aber anschließend nicht informierte. Eine Klarstellung in der Zeitung unterblieb.



Am 27.05.2010 meldete der Bonner General-Anzeiger: „WCCB: Tausende mails entdeckt - ... überraschende Fundsache.... Wogen schlagen immer höher.“ Der Oberbürgermeister wurde dazu von der Zeitung nicht um eine Stellungnahme gebeten.

Die Wahrheit ist auch hier ganz einfach: Um sicher zu gehen, dass das Rechnungsprüfungsamt auch alle Unterlagen erhält, hatten die Ämter der Stadtverwaltung die Prüfer des eingeladen, selbst darüber zu entscheiden, welche Unterlagen aus den jeweiligen Büros benötigt würden. Dazu suchten die Prüfer die Büros in den Ämtern auf und sammelten die ihrer Ansicht nach in Frage kommenden Akten und Datenträger ein. In einem Amt wurden dazu unter anderem alle mails auf einen Stick geladen und mitgenommen. Die Dateien waren bereits der Staatsanwaltschaft bei deren Durchsuchung am 15.09.2009 zugänglich gemacht worden. Das Rechnungsprüfungsamt stellt dann auch relativ schnell fest, dass es aus diesen mails keine neuen Erkenntnisse gewinnen kann. Eine Klarstellung in der Zeitung wäre eigentlich fällig.

In der Millionenfalle 34 erscheint ein ganzseitiges Foto, auf dem meine Vorgängerin im Amte und ich beim Start des Marathonlaufes bei einer Unterhaltung zu sehen sind. Es erhält die Überschrift „Tarnen, Tricksen, Täuschen“. Das ist ein ziemlich plumper Manipulationsversuch.

Meine Damen und Herren im Stadtrat, Sie könnten sich natürlich jetzt zurücklehnen und Sie könnten sich sagen,: Warum legt sich der Oberbürgermeister auch mit der Zeitung an? Dann ist er es doch selbst schuld, wenn ihm das widerfährt. Ich will Ihnen dazu folgendes zeigen:

In der Millionenfalle 20 heißt es noch: „...die angekündigte Transparenz-Offensive des neuen Oberbürgermeisters scheint eine zeitliche Schallmauer zu haben ... (den) Tag, an dem Nimptsch sein Amt antrat... (Jetzt) „...bleibt offenbar nur der den 315 000 Bürgern verpflichtete Rat als Hoffnungsträger.“

Das klingt noch gut für den Rat. In der Millionenfalle 39 hat sich das Blatt dann gedreht und der Verdachtsjournalismus nimmt auch Sie als Stadratsmitglieder in den Blick: „...verweist insbesondere auf Informationsgespräche mit Vertretern der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen/Bündnis 90 und Bürger Bund“, wo auch "die Gesamtprojektkosten von 200 Mio. Euro erläutert" worden seien. „Träfe das alles zu, wäre die im Stadtrat gezeigte Empörung darüber, getäuscht worden zu sein, nur vorgespielt.“

Meine Damen und Herren, ich habe dem Herausgeber der Zeitung, Herr Neusser, geschrieben, in seiner Zeitung gelte offenbar eher die Schuld- als die Unschuldsvermutung und ich habe angeregt, dass wir öffentlich darüber diskutieren sollten, wo Journalismus seine Grenzen hat. Denn eines kann bereits jetzt festgestellt werden: Ohne einen Freispruch erster Klasse wegen erwiesener Unschuld werden die im Zusammenhang mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen genannten Personen als beschädigt gelten. Und ob am Ende der geäußerte Verdacht richtig ist oder falsch, wahr oder nicht wahr – eines steht fest: Die politische Leistung meiner Vorgängerin im Amte und die Leistung der Verwaltung der Stadt Bonn ist schon jetzt beschädigt und niemand garantiert uns, dass nicht morgen Sie oder andere Personen mit Schuldvermutungen beladen wird. Der Herausgeber hat mir darauf geantwortet, dass er an einer solchen öffentlichen Diskussion kein Interesse hat. Das ist schade und ich teile an dieser Stelle die Ansicht des hessischen Ministerpräsidenten, der unlängst in der Welt am Sonntag folgendes gesagt hat: „Unter der Behauptung des investigativen Journalismus kommen doch viele Berichte daher, in denen am Ende vor allem manipuliert und Meinung gemacht wird, Nachricht und



*Kommentar vermischt werden. Immer mehr wird auf Boulevardisierung und Skandalisierung gesetzt.“*

Was wir hier vorfinden, meine Damen und Herren, ist zu oft eine Nachrichten-Unterhaltungskultur; dazu gehören ungenaue und verzerrende Aussagen. Und dies trägt eben nicht dazu bei, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich zu emanzipieren. Diese im übrigen weltweit zu beobachtende „Nachrichten-Unterhaltungskultur“ ist eine Gefahr für die Demokratie, sagt Präsident Obama und ich teile seine Ansicht. Weltweit schwenken Medien mit der Fahne der demokratischen Transparenz, wirken aber letztlich anti-aufklärerisch. Da wo es erst einmal um das Verstehen und Erklären gehen müsste, wird schon beurteilt und verurteilt. Der Sprecher des Berliner Senats hat dazu in diesen Tagen gesagt: *„Im Wettlauf um die schnellste, pfiffigste, radikalste Story wird Politikverachtung deutlich. Alarmismus statt Erklären. Eine Mediengesellschaft, deren Öffentlichkeit vom Negativismus geprägt ist, verliert nach und nach die Fähigkeit zur demokratischen Gestaltung.“*

Es heißt zwar „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, aber dennoch wird die Würde des Menschen durch Berichterstattung dieser Art angetastet – unter dem Vorwand journalistischer Kritik. Persönliche Angriffe auf Menschen sind aber etwas anderes als sachliche Kritik. Kein gezieltes journalistisches oder anderes Interesse kann die gezielte Verletzung von Menschen rechtfertigen. Auch Politiker sind Menschen. Schlagzeilen wie „Tarnen, tricksen, täuschen“ mit einem Foto von mir und meiner Amtsvorgängerinnen, aufgenommen beim Marathon-Lauf und in den Kontext der Reihe „Millionenfalle“ gestellt, sind einfach eine Entgleisung. Ich gehe davon aus, dass die mir zugetragene Äußerung eines leitenden Mitarbeiters dieser Zeitung, der Oberbürgermeister hätte bei seiner Kritik am Bonner-General-Anzeiger doch wissen müssen, dass der General-Anzeiger „hoch gerüstet“ sei, nicht Motiv für diese Entgleisung gewesen ist. Ich erneuere daher heute mein Angebot an den Herausgeber des Bonner-General-Anzeigers, öffentlich darüber zu diskutieren, wie weit Journalismus gehen darf. Dies ist nicht, wie Herr Neusser in einem Brief an ich meint, ein „politischer Showact“. Es geht nicht um Show, sondern um Wahrheit und um Wahrhaftigkeit. Und dazu gebe ich Ihnen, Herr Neusser, schon einmal ein schönes Wort des polnischen Schriftstellers Gabriel Laub mit auf den Weg: „Papier ist geduldig. Es verträgt sogar die Wahrheit.“ Und, sehr geehrter Herr Neusser, was Sie vielleicht am meisten wundern wird: Ich habe großes Verständnis für Journalistinnen und Journalisten. Sie sind meist abhängige Glieder in ausgedünnten Redaktionen, die unter hohem Zeitdruck stehen und oft selbst die Oberflächlichkeit ihrer Arbeit beklagen. Sie arbeiten in einer viel hierarchischer gewordenen Redaktion, die weniger Raum für die Freiheit des Wortes lässt. Muss man es nicht eine Kultur der Angst nennen, die dort entstanden ist, wenn Journalisten sagen, schicken Sie mir Ihre Mail lieber nach Hause - ich weiß nicht wer mitliest. Oder - telefonieren wir draußen, auf meinem privaten Mobiltelefon - ich weiß nicht wer mithört. Ist das die andere Seite der Transparenz, die der Verlag von der Stadt einfordert, auch wenn diese damit Rechtsbruch beginge? In Bonn muss auch in Zukunft das Recht des Gesetzgebers, nicht das Recht des vermeintlich Stärkeren gelten.

Dabei gibt Vieles in der WCCB-Angelegenheit wahrlich Anlass zur Kritik. Aber die bisweilen erkennbare fatale Lust an Schwarzmalerei und klischeehafter Übertreibung fördert die Entfremdung der Bürger von Kritik und Staat. Das passiert übrigens in den letzten Jahren relativ oft. Deswegen hatte sich zum Beispiel der frühere Bundespräsident Johannes Rau einmal



schützend vor Altkanzler Helmut Kohl gestellt. Über lange Zeit war nämlich der ungeheuerliche Verdacht erhoben und immer wieder publiziert worden, Helmut Kohl und seine Bundesregierung seien im Zusammenhang mit dem Thema Leuna bestochen worden. Dieser Verdacht hat sich als haltlos erwiesen. Ich habe allerdings nicht wahrgenommen, dass Helmut Kohl in dieser Frage mit großen Aufmachern rehabilitiert worden wäre. Die Mehrheit geht anschließend zur Tagesordnung über und die alte Weisheit könnte sich einmal mehr bestätigen: Irgendetwas bleibt immer hängen. Was da hängen bleibt, beschädigt nicht nur den Ruf von Personen. Er beschädigt den Ruf und die Glaubwürdigkeit von Institutionen und zerstört so Vertrauen. Wir brauchen aber dringend neues Vertrauen, gerade in schwierigen Zeiten.

Es ist schade, dass die nüchterne, sachgerechte Aufarbeitung, wie wir sie zum Beispiel im Lokalteil der Bonner Rundschau vorfinden, nicht größere Beachtung findet. Diese Berichterstattung ist wahrlich nicht immer schmeichelhaft für den Oberbürgermeister und für die Verwaltung der Stadt Bonn, aber sie ist immer fair. Fair im Übrigen ist, trotz seines eigenen Profils, fair ist auch der Express. Forschheit und Kritikfähigkeit sind eben noch lange nicht dasselbe und die bei diesen Zeitungen tätigen Journalisten achten darauf. Sie wissen, dass es gefährlich wird, wo durch Zuspitzung oder Verzerrungen Stimmungen absichtlich verstärkt oder sogar gemacht werden. Eine halbe Wahrheit ist nämlich oft schlimmer als eine ganze Lüge.

Meine Damen und Herren, man muss meine Ausführungen zur Rolle der Medien nicht teilen, aber ich weiß, dass ich sie mit einem meiner Vorbilder teile. Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hat dazu gesagt: „Eine große politische Zeitung hat eine Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, nicht nur im Dienste eines Unternehmens, sondern auch im Dienste allgemeiner Interessen und sollte nicht ausschließlich nach den Grundsätzen irgendeines kaufmännischen Unternehmens geführt werden.“

## **5. Schlussbemerkung**

Meine Damen und Herren,  
unabhängig von der abschließenden Bewertung des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes habe ich natürlich in den vergangenen Monaten schon einige Entscheidungen mit organisatorischen, personellen und haushalterischen Folgen treffen müssen. Im Bereich des Personals, das in der Vergangenheit in unserer Stadtverwaltung mit dem Projekt befasst war, haben auf der Grundlage der rechtlichen Vorschriften alle erforderlichen Prüfungen und Anhörungen stattgefunden; wo dies erforderlich war, wurden bereits vor einigen Monaten entsprechende Schritte eingeleitet. Wie bereits ausgeführt, werden Disziplinarverfahren nach den Regeln des Landesdisziplinargesetzes durchgeführt. Für eine Bewertung des Verhaltens des betroffenen Beamten ist vor Abschluss eines solchen Verfahrens kein Raum.

In den Blick genommen habe ich natürlich auch die Sicherung der städtischen Ansprüche aus evtl. Schadensersatzforderungen.

Mit der Einrichtung einer neuen Projektgruppe, ihrer Geschäftsstelle und der Dienstanweisung zur veränderten Aktenführung haben wir in den letzten Wochen eine neue Organisationseinheit geschaffen, die den gesamten Prozess für die Zukunft stringent steuert und zur dringend erforderlichen Entlastung der bislang dort Tätigen beiträgt.



Im aktuellen Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung haben wir die derzeit absehbaren Mittel für die Fertigstellung des Kongresszentrums eingeplant; sobald derzeit noch offene Fragen endgültig beantwortet werden können ergibt sich daraus in den nächsten Wochen und Monaten weiterer Handlungsbedarf. Sollte das Ziel erreicht werden, dass die Gläubigerversammlung im September die Einigung mit dem Insolvenzverwalter bestätigt, werden die dann möglichen Schritte zur Fertigstellung unverzüglich eingeleitet.

Meine Damen und Herren, es wird, was mich angeht, dabei bleiben, dass unser Konferenzzentrum nach seiner Fertigstellung sauber ausgefegt wird. Dafür trage ich die Verantwortung. Es macht dabei auch keinen Sinn, dass eine Fraktion mich rügt, wenn sie nicht innerhalb kurzer Frist Antworten auf ihre Fragen erhält. Ich prüfe genau und lasse mich rechtlich beraten. Für Genauigkeit braucht man Zeit und Wahrheit darf man nicht mit Mehrheit verwechseln.

Wenn die Gerichte gesprochen haben und wenn wir wissen, wie weit die Einschätzungen unserer Rechnungsprüfer wirklich tragen, dann ist die Zeit für eine Schlussbilanz. Und es mag auch sein, dass sich dann am Ende noch mancher in Demut neigen muss, der heute mit dem Finger auf andere zeigt. Unser ehemaliger Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dazu einmal gesagt: „Sich wahrheitsgemäß zu erinnern tut oft weh.“ Meine Damen und Herren, wir brauchen beides: ein fertig gestelltes Konferenzzentrum **und** die Wahrheit. Nur mit einem von beiden ist uns nicht gedient. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.